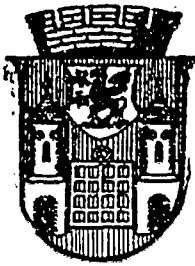


# Schwedter Tageblatt

Verständungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Vierraden

Stempelpreis Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abnahme aus der Geschäftsstelle 1,50 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,60 M. für den Monat. Für Postbesteller Bestellgeld besonders.



Postfachkonto Berlin 89142.

Anzeigen werden bis einschließlich 20 Uhr berechnet. Für Umkehrung der Werbebedingungen wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigen-Annahmen 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. D. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. D.

Nummer 136

Freitag, den 12. Juni 1925

32. Jahrgang

## Chronik des Tages.

Der Reichstag will vor seiner Vertagung am 18. Juli sämtliche Steuerentwürfe, die Aufwertungsfrage, verschiedene Handelsverträge, den Zolltarif und eine Reihe sozialpolitischer Vorlagen erledigen.

Der englische Ministerpräsident Baldwin erklärte gegenüber den französischen „Misverständnissen“, daß jede Garantie, die England zu geben beabsichtige, ebenso für Deutschland wie auch für Frankreich gelte.

Der französische Außenminister Briand ist von Genf nach Paris zurückgekehrt.

Der französische Ministerpräsident Painlevé ist nach seiner Ankunft in Marokko vom Sultan empfangen worden.

## England hat noch freie Hand.

Baldwin gegen Frankreichs schiefe Darstellung.

Im englischen Unterhause gab Premierminister Baldwin mit Bezug auf die Sicherheitsfrage eine Erklärung ab, in der die französische Auslegung der Genfer Verhandlungsergebnisse ganz erheblich berichtigt wird. Besonders nachdrücklich legte Baldwin auf die Feststellung, daß die geplanten Schiedsgerichtsverträge doppelseitig sein müßten, daß es sich also nicht nur um die Sicherheit Frankreichs, sondern auch um die Deutschlands handle. Im einzelnen führte Baldwin folgenden aus:

„Es ist noch kein Sicherheitspakt unterzeichnet worden, und es wird keiner abgeschlossen werden, ohne daß dem Parlament Gelegenheit zur vollen Ausdrucksgebung gegeben worden ist. Gegenüber gewissen Misverständnissen, die in der öffentlichen Meinung entstanden sind, stellt sich die Lage bis heute so dar, daß die englische und die französische Regierung nach sorgfältiger Erwägung aller am 9. Februar der französischen Regierung gemachten deutschen Vorschläge zu einem vollen Einverständnis über gewisse grundlegende Punkte gelangt sind, mit denen jedes derartige Abkommen übereinstimmen muß, und wobei aller Anlaß zu der Erwartung besteht, daß Belgien und Italien ihre Zustimmung geben werden. Dem Vernehmen nach werden jene Ansichten von der französischen Regierung Deutschland mitgeteilt werden, und wenn die deutsche Regierung dann die Ansichten teilen zu können glaubt, so wird für gegenseitige Verhandlungen über den Pakt zwischen den am Rheinland interessierten alliierten Mächten und Deutschland ein Weg geöffnet sein, und zwar auf dem Fuße der Gleichberechtigung.“

Vom englischen Außenminister Chamberlain wurde Pressevertretern gegenüber zu der Note, deren Veröffentlichung in ein bis zwei Tagen erfolgen wird, es genüge im Augenblick, zu sagen, daß bei dem Meinungsaustausch, der zwischen der französischen und der englischen Regierung in Genf stattgefunden hat, die englische Regierung den Standpunkt vertreten hat, der in der Erklärung des englischen Vertreters beim Völkerbundsrat im vergangenen März und von Chamberlain in seiner Rede im Unterhause am Dienstag, den 24. März d. J., weiterentwickelt worden ist.

## Der mutmaßliche Inhalt der Note.

Eine neue Habasmedlung.

Der Genfer Vertreter der Agentur Havas will in der Note sein, über die französische Antwortnote in der Frage des Sicherheitspaktes neue Angaben allgemeiner Art machen zu können.

Es sei besonderes Gewicht auf die Feststellung zu legen — so heißt es angeblich in der Note —, daß der Abschluß eines Sicherheitspaktes mit Deutschland eine Erörterung der im Versailler Vertrage enthaltenen Rechte und Pflichten nach sich ziehen müsse. Da die deutsche Regierung sich erboten habe, mit den Westmächten Schiedsgerichtsverträge abzuschließen, erkenne Frankreich an, daß diese Verträge eine natürliche Ergänzung zu einem Rheinlandpakt darstellen würden. Aber es verlange ausdrücklich, daß diese Verträge sich auf alle Konflikte bezögen und eine Intervention für den Fall zuließen, daß eine solche gemäß dem Friedensvertrag nach einer Verletzung desselben ausgeübt werden müsse.

Als dann fährt der Habas-Vertreter fort: Die deutsche Regierung hat sich in ihrer Denkschrift erboten, auch Schiedsgerichtsverträge mit allen Staaten abzuschließen, die sich hierzu bereitfinden, also auch, wenn man richtig verstanden hat, insbesondere mit Polen und der Tschechoslowakei. Frankreich nimmt Kenntnis von dieser Erklärung, aber es bemerkt, und zwar mit Billigung von Großbritannien, daß die Alliierten aus Verträgen Rechte herleiten, auf die sie nicht

verzichten könnten, und auch Verpflichtungen, von denen sie sich nicht lösen könnten. Die ins Auge gefassten Verträge dürfen diesen Verpflichtungen keinen Abbruch tun.

## Wo liegt Desching?

Eine deutsche Stadt, die auf dem — alliierten Mond liegt. — Zwei Rudeln in Stendal. — Eine Zuschrift des Grafen.

Von wie tragischem Ernst auch die neuen ungeheuerlichen Forderungen der Entente getragen sein mögen, so kann man trotzdem nicht ohne ein wohlgelegtes Schmunzeln an einem Teil der Vorkasternote vorbeigehen, denn der überaus rege Eifer der Verschlungener hat da zum Teil Dinge zuwege gebracht, die mit dem bitteren Ernst einer solchen Note nicht das mindeste zu tun haben.

So wird z. B. gefordert, daß in der Werkstätte des „Wehrkreises Desching“ insgesamt 17 Munitionsschuppen zu zerstören sind. Die deutschen Geographen und Pfadfinder arbeiten bereits seit vollen acht Tagen daran, im deutschen Vaterlande einen Wehrkreis solchen Namens anzuklopfen. Vergebens! Nicht einmal ein ähnlich lautender Ort ist ausfindig zu machen. Die Entente verlangt aber unerbittlich: Im Wehrkreis-Desching sind 17 Munitionsschuppen zu vernichten.

Ferner hat man mit schlotterndem Gebein festgestellt, daß an einem Teil der deutschen Eisenbahnwagen aus früherer Zeit her noch die Aufschrift vorhanden ist: „AS Mann, 6 Pferde.“ Kein Mensch denkt sich etwas dabei. Die Entente aber macht glatt eine Verschlungung Deutschlands daraus und „rechtfertigt“ damit die veraltete Räumung.

Die Fabrikanten der Note wollen des weiteren ausgekundschaftet haben, daß die Reichswehr sogar noch über

zu große Vorräte

verfüge. In der Garnison Stendal hat man Rudeln und Dörngemüse in einer Menge vorgefunden, die das zulässige Maß um zwanzig Tage übersteigt. Daß man Lebensmittel auf Vorrat zu günstigen Marktpreisen billig eingekauft hat, wie es jeder vernünftige Kaufmann nach akbewährten Grundätzen tut, das lassen die Herren Alliierten nicht gelten. Sie verlangen gewissermaßen, daß sich die Reichswehr pfund- und kiloweise eindeckt, gleichgültig, ob dann die Ware vielleicht doppelt so teuer ist als bei der verpackten günstigen Gelegenheit. Aus dem gleichen Grunde soll fürderhin auch der Einkauf von Kohlenvorräten zu vorteilhaften Preisen untersagt bleiben, — weil auch dadurch das europäische Gleichgewicht ernsthaft ins Wanken gebracht wird. Sogar die Hufeisenbestände der Reichswehr werden als bedrohliches Anzeichen angesehen, sie sind deshalb „auf die von der Interalliierten Kommission bestimmten Maße zurückzuführen“. Weiter hört man, daß „die Tragtierausrüstungen nur für Tragtiere genehmigt“ werden, ebenso darf „die Eisenbahn Gerdorf—Stoß im Kießer Rechteck in ihrem jetzigen Zustand erhalten werden, doch dürfen keine neuen Arbeiten erfolgen“. In ähnlicher Linie bewegen sich noch eine ganze Reihe ähnlicher Kuriositäten und Zimperlichkeiten.

Wenn die Entente etwa glauben sollte, mit einer Denkschrift solchen Schlages einen einigermaßen einsichtigen Menschen von der Berechtigung der verzögerten Räumung der Kölner Zone überzeugt zu haben, dann befindet sie sich gründlich auf dem Holzweg.

## Politische Rundschau.

— Berlin, den 12. Juni 1925.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns hatte in Frankfurt a. M. eine Begegnung mit dem englischen Arbeitsminister. Dabei wurden auch die Schwierigkeiten erörtert, die sich aus der Auslegung des Washingtoner Arbeitszeit-Abkommens für dessen Ratifizierung und Durchführung ergeben.

Auf der Stuttgarter Tagung der deutschen Wohnungsbauämter wurde der Vorschlag gemacht, einen reichsgesetzlichen Sparzwang für Bediener zur Beschaffung von Hypotheken für den Wohnungsbau einzuführen.

Thüringen gegen die Splitterparteien. Vom thüringischen Landtag wurde eine Änderung des Landtagswahlgesetzes genehmigt. Künftig muß nun jeder einzelne Wahlvorschlag mindestens 2000 Unterschriften aufweisen. Durch diese Neuregelung ist der Bildung der in Thüringen sonst auftretenden unzähligen kleinen Splitterparteien nunmehr entgegengetreten.

Landwirtschaftliche Genossenschaften und Kreditfrage. Auf dem Deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaftstage in Halle sprach der Präsident der

Thüringischen Finanzbank, Geheimer Finanzrat Professor Dr. Fost-Weimar, über die „Genossenschaftliche Kreditorganisation der deutschen Landwirtschaft unter dem Einfluß der neuesten wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands“. Heute seien die Kreditgenossenschaften über ganz Deutschland verteilt, so daß für jeden Landwirt eine Darlehenskasse in Frage käme. Trotzdem ständen wir vor einer großen wirtschaftlichen Krise. Die Hoffnungen, die man an Auslandskredite knüpfte, seien meist trügerisch, denn jeder Auslandskredit bedeute fremde Wareneinfuhr. Doch würde die Landwirtschaft an den Kreditgenossenschaften immer eine starke Hilfe haben.

Amerika und Deutschland. Der neuernannte amerikanische Botschafter für Berlin, Schurmann, drückte vor seiner Abreise aus New York die Hoffnung aus, daß die europäischen Völker ein Ueberkommen erreichen würden, durch das der Vorkriegszustand wieder hergestellt werden könnte. Seine Personenaufgabe jedenfalls werde es sein, die Freundschaft zwischen dem deutschen und dem amerikanischen Volk und den beiderseitigen Regierungen zu vertiefen. Jedes Volk in der Welt sollte die anderen Völker als gleichwertig ansehen und dementsprechend handeln. Jede Nation müsse die Rechte der anderen Nationen achten. „Ich habe“, schloß Schurmann, „große Bewunderung für alles, was Deutschland materiell, intellektuell und geistig der menschlichen Zivilisation geschenkt hat.“

Barmats Vernehmung.

Berlin, 12. Juni. In Abwesenheit mehrerer Mitglieder des Untersuchungsausschusses, des Untersuchungsrichters, des Staatsanwalts und der Verteidiger wurde Julius Barmat in der Wohnung seines Bruders durch den Vorsitzenden des Ausschusses, Abg. Leidig, vernommen.

Rheinlandkundgebung vor dem Reichstag.

Berlin, 12. Mai. Anlässlich der Jahrtausendfeier des Rheinlandes veranstaltet der Verein der Rheinländer am 14. Juni eine große Rheinlandkundgebung vor dem Reichstagsgebäude in Berlin.

Auflösung der Reichsgetreidestelle.

Berlin, 12. Juni. Als eine der letzten Kriegsgesellschaften wird die Reichsgetreidestelle zum 1. Juli 1925 aufgelöst werden.

## Deutschland als Sündenbock.

Angedachte Waffentransporte für Marokko.

Die schweren Niederlagen der Franzosen in Marokko haben begreiflicherweise in Frankreich große Beunruhigung hervorgerufen. Trotzdem die französische Regierung eine strenge Zensur über die Nachrichten vom marokkanischen Kriegsschauplatz ausübt, ist es den breiten Massen des französischen Volkes nicht verborgen geblieben, daß die Kämpfe in Marokko mit ganz erheblichen Opfern an Gut und Blut verbunden sind. Es ist deshalb kein Wunder, daß die öffentliche Meinung Frankreichs auf eine rasche Beendigung des verlustreichen Kolonialkrieges drängt, und die Marokkopolitik der französischen Regierung auf das schärfste bekämpft. Eine Situation, die unter Umständen für das Kabinett Painlevé höchst gefährlich werden kann.

Um dieser Gefahr zu begegnen, hat die Pariser Presse sofort den Versuch gemacht, die französische Regierung von der Schuld an dem täglichen Ausgang des Marokkoabenteuers rein zu waschen und — Deutschland als den Sündenbock hinzustellen. So ließ sich die Pariser Zeitung „Journal“ vor einigen Tagen aus London melden, daß der 3000-Tonnen-Dampfer „Margarethe“ den Hamburger Strandhafen mit einer Waffenladung für die Rüstfabrik verlassen habe. Es befänden sich an Bord Maschinengewehre, Fliegerabwehrkanonen, Flugzeugteile, Munition und Geschütze eines neuen Typs, die anscheinend zur Bewaffnung von Flugzeugen bestimmt seien.

Wie die Staatliche Pressestelle in Hamburg dazu mittel, haben die in Hamburg angestellten Nachforschungen ergeben, daß ein 3000-Tonnen-Dampfer „Margarethe“ von Hamburg nicht abgegangen ist, und daß kein den Namen Margarethe oder eine ähnliche Bezeichnung tragender Hamburger Dampfer für eine solche Waffenladung in Frage kommt.

Französische Hetzmedung über eine deutsche Kriegesgesellschaft.

Eine andere Pariser Zeitung, der „Internationale“, hatte einige Tage vorher eine ähnliche